



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1991

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- Drucksachen 11/800, 11/1250 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Frauenpolitik

Berichterstatterin Abgeordnete Marie-Luise Morawietz SPD

Beschlußempfehlung

Der Ausschuß empfiehlt, den sich aus dem Bericht ergebenden Antrag abzulehnen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in seiner Sitzung am 8. März 1991 einen frauenpolitischen Antrag zum Einzelplan 02 beraten.

Das Abstimmungsergebnis ist aus der beigegeführten Anlage ersichtlich.

An der Beratung des Antrags waren nur die Fraktionen der SPD und DIE GRÜNEN beteiligt. Die Fraktionen von CDU und F.D.P. waren der Auffassung, daß sich eine Abstimmung wegen der bereits abgeschlossenen Beratung im Fachausschuß erübrige. Sie kritisierten darüber hinaus, daß der Antrag erst kurz vor der Sitzung vorgelegen hätte und nahmen deshalb an der Abstimmung nicht teil.

B Einzelberatungen

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion wie folgt begründet:

Das Filmfestival, das 1990 zum ersten Mal durchgeführt wurde, ließ im Hinblick auf Inhalt und Organisation die typischen Merkmale eines Festivals vermissen. Es wurde an weit auseinanderliegenden Orten, teilweise in einem überlaufenen Hotel abgehalten; Festcharakter entstand nicht.

Es zeigte mehrheitlich englischsprachige Produktionen, die für den amerikanischen Markt hergestellt wurden und kaum europäische Inhalte hatten. Es zeigte ausschließlich Filme von männlichen Regisseuren.

Der Grund für die schlechte oder gar nicht vorhandene inhaltliche Konzeption ist v.a. in der dahinterstehenden Absicht zu suchen: das Festival diene v.a. der Promotion des im Bau befindlichen "Media-Parks" in Köln, jedoch ohne dessen inhaltliche Konzeption. Selbst von den Veranstaltern wurde eingeräumt, daß die räumlichen Probleme erst mit der Fertigstellung des Media-Parks (frühestens 1992) beseitigt werden könnten.

Aufgrund der durchgängig schlechten Presse hat das Filmfest noch nicht einmal seine Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung befriedigend erbracht. Es ist unverantwortlich, die Wiederholung eines solchen Desasters mit einer Million Mark - wie im Haushaltsentwurf beabsichtigt - zu bezuschussen.

Die Veranstalter sollen mit dem ausgewiesenen Betrag (zuzüglich Mitteln der Filmstiftung sowie der Stadt Köln) in die Lage versetzt werden, eine Neukonzeption des Festivals in entscheidungsreifer Form zu erarbeiten.

Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß

- der europäische Film im Zentrum des Festivals stehen muß, und zwar nicht nur aufgrund der Herkunft der Produktionsgelder, sondern v.a. mit seinen Inhalten, die die europäische Wirklichkeit einbeziehen sollten.
- die Diskriminierung von Regisseurinnen und Produzentinnen nicht noch vom Land bezuschußt wird. Mindestens die Hälfte der gezeigten Filme soll von Regisseurinnen und Produzentinnen stammen.

Morawietz
Vorsitzende

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Frauenpolitik
zum Einzelplan 02

Ifd.Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 02 020 Titel 685 40 Kürzung des Ansatzes um 940 000 DM In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Mittel sind veranschlagt für eine Neu- zeption des Filmfestes bis 1993. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p>	Antrag wurde für erledigt erklärt aufgrund der Be- schlüsse des Kultur- ausschusses

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den
Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags

B/1

- Anlage zu den
Vorlagen 11/402 und
11/403 -
11/436

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1991

- Einzelplan 02 : Ministerpräsident und Staatskanzlei -
- Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
02 010	<u>Hinweis zu den einzelnen Titeln</u> Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.				
531 30	<u>Ministerpräsident und Staatskanzlei</u>	500.000	- 100.000	400.000	400.000
541 10	<u>Planung und Durchführung von NRW-Festen</u> (Haushaltsvermerk unverändert)	2.000.000	- 400.000	1.600.000	1.600.000
541 30	<u>Medienforum Nordrhein-Westfalen</u> (VE unverändert)	1.000.000	-	1.000.000	1.000.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u> Der letzte Satz der Erläuterungen zu Titel 541 30 wird gestrichen.				

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Änderung.2

8/3

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
(noch 02 010)					
812 10	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	281.000	-	150.000	131.000
TGr. 70 bei 526 70	Erprobung und Anwendung neuer Technologien für Zwecke der Staatskanzlei (Haushaltsvermerk unverändert)	1.521.000	-	50.000	1.471.000

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Änderung.2

B/4

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
02 020	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>				
685 50 (neu)	<u>Zuschuß an das Europäische Medieninstitut</u>	-	+ 1.500.000	1.500.000	1.500.000
TGR. 73	<u>Deutschlandprogramm der Lan- desregierung</u> (Haushaltsvermerke unverändert)				
812 73	<u>Erwerb von Geräten, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegen- ständen</u>	750.000	- 450.000	300.000	300.000
TGR. 74	<u>Verbindungsbüro NRW in Berlin</u> (Haushaltsvermerk unverändert)				
422 74	<u>Bezüge der Beamten</u> (und Richter)	400.000	- 350.000	50.000	50.000

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Änderung.2

8/5

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger DM	(+) (-)	neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 02</u>				
	Gesamteinnahmen	3.018.100	-		3.018.100
	Gesamtausgaben	166.309.300	-		166.309.300
	<u>Verpflichtungsermächtigungen</u>	26.275.000	-		26.275.000